



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1918

34 (21.1.1918) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-179053](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-179053)

nimmt man als ein gutes Zeichen hin das fast gleichzeitige gewaltsame Verschwinden der rumänischen Vertretung in Petersburg.

Die wirtschaftlichen Verhandlungen.

Am Hinblick auf allerlei pessimistische Betrachtungen über den derzeitigen Stand und die Aussichten der handelspolitischen Verhandlungen mit Rußland weist die „Köln. Z.“ auf Grund der Unterrichtung an wohlinformierter Stelle darauf hin, daß vor Verhandlungen über wirtschaftliche Angelegenheiten mit den russischen Vertretern nur kurz und lediglich Sondierend gesprochen wurde.

m. Köln, 21. Jan. (Priv.-Tel.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Wien: Der Budgetausschuß beendete die Besprechung der Rest-Litowler Verhandlungen und der Friedensfrage. Das große Wort hielten dabei die Sozialdemokraten, während die Tschechen und Südslaven eine auffällige Zurückhaltung bewahrten.

Die Neutralen.

Kostenwechsel zwischen England und Holland.

London, 19. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Reutermeldung. Der Kostenwechsel zwischen der britischen und der niederländischen Regierung wegen der Verletzung des holländischen Dampfers „Elyse“ und der Beschädigung des holländischen Dampfers „Vermisse“ auf der Reise von Westafrika nach Rotterdam durch deutsche Unterseeboote wurde heute veröffentlicht.

In der Antwort vom 16. November 1917 sagte Balfour, die englische Regierung hätte erwartet zu hören, daß die Niederlande einen beständigen Einspruch an die deutsche Regierung gerichtet hätten, wegen der offenbar rechtsunwürdigen Handlungsweise der Unterseeboote. Das Recht der Kriegführenden, neutrale Schiffe zu prüfen und zu durchsuchen, kann nicht in Frage gestellt werden.

In einer kurzen Antwort vom 31. Dezember sagte Balfour, die von der niederländischen Regierung vorgebrachten Erwägungen träfen nicht die Hauptfrage, nämlich daß die niederländische Regierung, obwohl die Schiffe durch eine zugestandenermaßen rechtsunwürdige Handlung deutscher Unterseeboote verletzt, bezugnehmend worden seien und daß sie ihre Beschwerde an die englische Regierung und nicht an die deutsche Regierung richtete und so die englische Regierung für rechtsunwürdige Handlungen ihrer Verbündeten verantwortlich zu machen suchte.

Der Warenaustausch zwischen den nordischen Ländern.

Stockholm, 20. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Svenska Telegramm Bureau meldet: Die schwedischen, norwegischen und dänischen Delegierten zur Ausarbeitung eines Vorschlags zum vergrößerten Warenaustausch zwischen den drei Ländern haben wiederum vom 17. bis 20. Januar in Stockholm Sitzungen abgehalten gemäß dem Beschluß der vorigen Konferenz, die in Christiania vom 4. zum 6. Januar tagte.

Von der flämischen Bewegung.

Brüssel, 19. Januar. Die Flamenfeinde im besetzten Belgien bemühen sich mit dem in Ausland geflüchteten Ententebeigern um die Wette, den Stand der flämischen Bewegung so darzustellen, als ob es sich noch wie vor um eine kleine Gruppe von Hühlfüßern handelte, um wenige Schwärmer, die womöglich aus persönlichen Interessen den Kampf um die flämische Selbstständigkeit innerhalb des alten belgischen Staatsgebildes durchzuführen sich bemühen.

gänge in Flandern beurteilen. Daß es sich nicht um die Wladenschaften einer unbedeutenden Sondergruppe handelt, geht schon daraus hervor, daß im letzten Halbjahr 350 Volksversammlungen in 205 verschiedenen flämischen Ortschaften stattgefunden haben. Zehntausende wohnten ihnen bei, und in all diesen Versammlungen sprach man sich nicht nur für die Trennung Belgiens in zwei Verwaltungsgebiete, Flandern und Wallonien, aus, sondern erhob auch die Forderung nach der politischen Selbstständigkeit Flanderns.

Reform des Gemeindevahlrechts in Oesterreich.

Wien, 20. Januar. (W.B. Nichtamtlich.) Beim Ministerpräsidenten von Seidler hat eine Besprechung über die Reform des Gemeindevahlrechts stattgefunden, an der mehrere Reichsratsabgeordnete teilnahmen. Der Ministerpräsident erklärte, die Regierung habe sich insbesondere im Hinblick auf die opferwillige Haltung aller Volksschichten während des Krieges der Erkenntnis nicht verschlossen, daß hinsichtlich auf dem Gebiete des Gemeindevahlrechts die schon dem Reichsratswahlrecht zugrunde liegenden demokratischen Prinzipien härter als bisher zur Geltung gelangen müssen.

Deutsches Reich.

Die Parole der Nationalliberalen in Deuten.

Breslau, 19. Jan. Wie uns mitgeteilt wird, hat der national-liberale Parteivorstand für die Stichwahl in Baugewerks-Kammern die Parole ausgegeben, geschlossen für den Kandidaten der Konservativen zu stimmen.

Nach Mannheim und Frankfurter Ausfl.

Köln, 20. Jan. Der hiesige Ortsverein der Deutschen Vaterlandspartei hält am Sonntag vormittag im Fränkischen Hof eine Versammlung ab, in der Kaplan Schöyen (Badesberg) über das Thema Kon Bismarck die Hindenburg sprechen soll. Schon um 10 Uhr war der Saal und dessen Umgang dicht besetzt von Elementen, die sonst den Veranstaltungen der Vaterlandspartei fern zu bleiben pflegen.

Letzte Meldungen.

Englands Kriegsziele.

London, 14. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Zu dem Gegenstand der internationalen Konferenz ist durch radikale Kreise gedrückt worden, sodaß sich der Vorsitzende veranlaßt sah, die Versammlung aufzulösen. Nachdem die Annahme der Auforderung nicht entpfordern hatten, wurde die Auflösung des Saales durch die Polizeidirektion verfügt.

Es sei viel besser, daß die Arbeiter zuerst die Ansichten der eigenen Regierung ummodellieren. Die englischen Arbeiter sollen dies mit ihrer Regierung tun und das deutsche Volk mit seiner Regierung. Wenn dann die Regierungen zusammenkommen, werden sie ihre Ideen in Uebereinstimmung mit der öffentlichen Meinung ihrer Länder ausgeprägt haben.

Ein Delegierter fragte, ob die Regierung ebensolche Mittel brauche, ihre Vorschläge den Mittelmächten vorzulegen wie die Mittelmächte ihrerseits. Lloyd George antwortete, die Delegierten könnten sich darauf verlassen, daß die Regierung, wenn irgend eine begründete Aussicht bestände, unter Bedingungen, die für sie (die Delegierten) ehrenhaft wären einen Frieden zu schließen, einen Frieden schließen würden.

Ueber den Ausdruck Freiheit der Meere befragt, sagte Lloyd George: Ich möchte gerne wissen, was die Freiheit der Meere bedeutet. Bedeutet sie die Befreiung von Unterseebooten oder die Aushungerung dieses Landes? Wir sind eine Insel und müssen mit der größten Sorgfalt unterhalten, was unsere Fähigkeit, unsere Verbindungslinien über See zu schützen, beeinträchtigen könnte.

Wir müssen uns aber vorsichtig vor jedem Versuch einer Störung unseres Küstenschutzes hüten und ebenso vor jeder Störung unserer Schifffahrt, die es uns bisher allein ermöglichte, zu existieren. Ein Delegierter fragte: Ist der Premierminister willens, angefangen von der Erklärung der Alliierten zu konsolidieren, damit Deutschland eine einheitliche Front entgegengesetzt werde.

Lloyd George antwortete: Dieser Vorschlag habe sehr viel für sich. Wir hoffen auf der großen Konferenz in Paris, die vor etwa zwei Monaten arbeitete, dazu in der Lage zu sein. Vertreter der russischen Regierung kamen herüber, aber inzwischen ereilte sie das Verhängnis. Ihre Regierung wurde aus dem Amte verjagt. Es folgte eine Periode der Verwirrung, der Anarchie und des Bürgerkrieges, sodaß zur Zeit der Konferenz niemand da war, um für Rußland zu sprechen.

Es war ganz unmöglich, eine Koordinierung der Kriegsziele der Alliierten in Abwesenheit von Vertretern der russischen Regierung zu versuchen, und das war die Ursache, warum die Beratungen darüber nicht beginnen konnten. Eine große Zahl von Schwierigkeiten entstand durch die Forderungen, die von der früheren russischen Regierung gestellt worden waren.

Konstantinopel war das eine Problem. Wir hatten Konstantinopel als Kriegsziel ohne Zustimmung der russischen Regierung nicht fallen lassen können. Ich gebe zu, daß, wenn über die Kriegsziele der Alliierten, die von Wilson und mir dargelegt wurden, irgend ein Zweifel bestände, eine neuerliche Zusammenkunft wünschenswert wäre, aber bisher herrschte nur völlige Uebereinstimmung.

Ein Delegierter fragte, will Lloyd George uns erklären, was er unter Rekonstruktion der Stellung Elßah-Lothringens versteht?

Lloyd George antwortete: Ich habe meine Ansicht damals ganz freundlich mitgeteilt, meine Ansicht ist, daß das Volk dieses Landes dem französischen Volke beistehen will. Die Franzosen mögen entscheiden. Ihr müßt bedenken, daß dies in Wirklichkeit keine territoriale Frage ist, es handelt sich nur um ein wesentliches Prinzip. Elßah-Lothringen war für sie fast 40 Jahre lang eine offene Wunde, sie konnten während dieser Jahre nicht in Frieden leben. Ihre Ansicht ist es zweifellos, daß es keinen Frieden mit Frankreich gibt bis diese Frage ein für allemal erledigt ist und daß die Angelegenheit bereinigt werden muß, wenn es nicht zu einer Serie von Kriegen in Europa kommen soll.

Ihre Ansicht ist deshalb, daß das französische Volk in erster Linie zu entscheiden hat, was es als Berechtigtheit betrachtet und die Regierung ist entschlossen, der französischen Demokratie in ihrem Kampfe beizustehen.

Ein Delegierter fragte: Ist es das französische Volk oder das Volk von Elßah-Lothringen, das über seine Lage klagt?

Lloyd George antwortete: Die Bevölkerung von Elßah-Lothringen hat nie aufgehört zu klagen; aber Ihr müßt bedenken, was sich hier ereignet hat. Ein sehr beträchtlicher Teil der elßah-lothringischen Bevölkerung wurde von den Deutschen gewaltsam expropriert und einige von ihnen wurden aus dem Lande vertrieben und wenn Ihr die wirkliche Bevölkerung von Elßah-Lothringen nehmt, so besteht abgesehen von Zweifel, daß deren überwiegende Mehrzahl für die Rückkehr unter die französische Flagge ist. Ich erinnere mich, einmal über die Vogeien nach Elßah-Lothringen gegangen zu sein. Es war spät abends. Wir hielten vor einem kleinen Gasthaus auf französischer Seite. Die deutsche Grenze war ein oder zwei Meilen hinter uns und die alten Leute, die das Gasthaus hielten, erzählten uns, daß jeden Sonntag Arbeiter und Bauern von der deutschen Seite auf französisches Gebiet herüber kämen, um den Sonntag unter französischer Flagge zu erleben.

Ein Delegierter fragte, ob Lloyd George sich sofort verpflichten wolle, daß im Falle der Erzielung eines Abkommens, wie es von ihm angedeutet worden sei, die militärische Dienstpflicht ohne Verzug in England rückgängig gemacht würde.

Lloyd George antwortete: Ich hoffe es, und wir kämpfen darum, daß nicht nur im eigenen Lande, sondern in allen anderen Ländern Verhältnisse eintreten, die die Dienstpflicht rückgängig machen. Wenn es uns nicht gelingt, diese Bedingungen durchzusetzen, werde ich persönlich das Gefühl haben, daß wir einige unserer wichtigsten Ziele nicht erreichen. Wir wollen das, was jetzt geschieht, für immer unmöglich machen. Die Frage ist nicht, ob wir der Dienstpflicht in diesem Lande ein Ende machen, Ihr müßt ihr in all den anderen Ländern ein Ende machen.

Darauf machte der Minister im Kriegsministerium Barneß eine Mitteilung über eine Untersuchung, durch die endgültig festgestellt worden sei, daß die Verwirrung eines Teils der Presse, daß eine Finanzkonferenz in der Schweiz abgehalten worden sei, ganz unbegründet sei.

In seinem Schlußwort sagte Lloyd George, es sei für die, denen die Regierung des Landes anvertraut sei, doch gut, mit denjenigen in Berührung zu kommen, die so wichtige Faktoren im Lande darstellen. Vielleicht sei es auch für sie nicht ohne Nutzen gewesen, mit dem Ministerium in Berührung zu kommen. Dann sei es am besten, sich offen auszusprechen.

Bern, 21. Jan. (W.B. Nichtamtlich.) Das „Berne Tageblatt“ vom 18. Januar bringt aus einem Privatbrief folgendes zur Ziffere Caillaux: Private Nachrichten, die ich erhalten habe, lassen einen tieferen Grund der Zerbreiten gegen Caillaux erkennen. Der Angriff auf den ehemaligen Minister bildet die Furcht vor finanziellen Enttäuschungen, die der Mann machen könnte.

Das französische Finanzgebäude steht auf sehr schwachen Füßen. Es hat, wie übrigens im Verkehrenwesen überhaupt, eine heillose Konfusion erlitten. Sehr ist teilweise Verheimlichung der wirklichen Finanzlage geboten. Die politischen Agenten im In- und Ausland hätten sich zum Teil einer haarsträubenden Geschäftsgebarung schuldig gemacht. Eine enge Interessengemeinschaft suchte nun durch Mittel der Verheimlichung die Konfusion und den Zusammenbruch zu verzögern. In dieses ganze System fuhr nun wie ein Blitzstrahl schon die bloße Aussicht auf einen Staatsbankrott. Caillaux sei aber in der Lage, die Hauptschuldigen zu nennen. In größter Hast suchte nun die Borsewelt, die bloße Papiere aller Art in den bunten neutralen Staaten abzulegen, um sich rasch noch großen Kredit zu verschaffen.

Darauf bemerkt der Leiter des Blattes: Schon längst haben wir unser Vertrauen ausgesprochen gegen die Frankreichs und Italiens zu gewährenden Kredite. Die Politiker und Bankleute, die uns Rügen und Schreden bringen, mögen zusehen, wie sie uns vor Schäden bewahren. Sie tragen die Verantwortung dafür, daß immer mehr Schweizer Kapital immobilisiert wird. Daß wir von den Franzosen keine russischen Papiere nehmen werden, ist ja sicher. Aber niemand weiß, wie der Krieg ausgeht wird. Und dann!

